

Nr.: 251-XVI./2021

■ Dezernat	III - Mobilität, Umwelt & Strukturpolitik	30.09.2021
■ Fachbereich	Umwelt	
■ Verfasser/-in	Nietz, Inga	
■ Telefon	07621 410-3330	

Beratungsfolge	Status	Datum
Umweltausschuss und Betriebsausschuss Abfallwirtschaft Landkreis Lörrach	öffentlich	16.11.2021
Kreistag	öffentlich	01.12.2021

Tagesordnungspunkt

Schaffung einer befristeten Stabsfunktion "Klimaneutrale Verwaltung"

Beschlussvorschlag

Der Einrichtung einer auf zunächst drei Jahre (voraussichtlich Frühjahr 2022 bis Frühjahr 2025) befristeten Stabsfunktion „Klimaneutrale Verwaltung“ wird zugestimmt. Dies steht unter dem Vorbehalt, dass die beantragte Landes-Förderung für eine klimaneutrale Kommunalverwaltung bewilligt wird.

Bezug zum Haushalt

Teilhaushalt	4	Mobilität, Umwelt & Strukturpolitik
Produktgruppe	56.10	Umweltschutz
Produkt(e)	56.10.10	Energie & Klimaschutz

Wirkungsziel / beabsichtigte Wirkung (Was soll erreicht werden?) Die Verwaltung des Landkreises ist bis 2030 weitgehend klimaneutral.

Leistungsziel / angestrebtes Ergebnis (Was müssen wir dafür tun?)

Zielerreichungskriterium (Indikator, Kennzahl, Leistungsmenge):

■ Klimawirkung:	<input checked="" type="checkbox"/> positiv	<input type="checkbox"/> neutral	<input type="checkbox"/> negativ	<input type="checkbox"/> keine
■ Personelle Auswirkungen:	<input type="checkbox"/> nein	<input checked="" type="checkbox"/> ja, ggf. Erläuterung		
■ Finanzielle Auswirkungen:	<input type="checkbox"/> nein	<input checked="" type="checkbox"/> ja,		
<input type="checkbox"/> im Ergebnishaushalt	Aufwand	Ertrag	einmalig in	wiederkehrend
	33.150 €	54.000 €	2022	bis 2025
<input type="checkbox"/> im Finanzhaushalt	Investitions- kosten brutto	Zuschüsse u. ä.	Investitions- kosten LK netto	zeitliche Umsetzung
	€	€	€	

Mittelbereitstellung - in EUR -

ErgebnisHH		Zeilen-Nr.	2022	2023	2024	2025	ab 2026
Bedarf	Erträge		33.150	43.485	44.070	6.727	
	Personalaufwand		51.000	66.900	67.800	10.350	
	Sachaufwand		3.000	2.000	2.000	500	
	Kalk. Aufwand						
Plan	Erträge						
	Personalaufwand						
	Sachaufwand						
	Kalk. Aufwand						
FinanzHH investiv		Zeilen-Nr.	2020	2021	2022	2023	ab 2024
Bedarf	Einzahlung						
	Auszahlung						
Plan	Einzahlung						
	Auszahlung						

■ **Deckungsvorschlag** (wenn Mittelbedarf größer als Plan)

Begründung

■ Sachverhalt

Vor dem Hintergrund der angehobenen Klimaschutzziele von Bund und Land hat der Kreistag am 20.10.2021 zusammen mit der neuen Landkreisstrategie beschlossen, die Verwaltung des Landkreises bis 2030 weitgehend klimaneutral auszugestalten (Vorlagen Nr. 272-XVI./2021 und 245-XVI./2021). Dies bedeutet eine Vorverlegung des bislang eher abstrakten Ziels der klimaneutralen Verwaltung um ein Jahrzehnt. Außerdem gewährt dies einen Transformationszeitraum von lediglich neun Jahren und zwingt zu raschem Handeln.

Das bestehende Integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept Landkreis Lörrach und die Teilnahme des Landkreises am European Energy Award setzen eine stringente Implementierung notwendiger Maßnahmen zum Klimaschutz voraus. Die Erforderlichkeit der Personalressourcen wurde vom Kreistag bereits in den Jahren 2018 (Klimaschutzkonzept) und 2019 („Beschleunigte Umsetzung des Klimaschutzkonzepts“) anerkannt. So bestehen im Fachbereich Umwelt, Sachgebiet Klima & Boden, inzwischen zwei Stellen im Klimaschutzmanagement, deren Tätigkeit sich im Wesentlichen nach außen auf die Einwohnerschaft, die Unternehmen und die Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden (insbesondere Projekte Wärmeplanung und PV-Initiative) richtet.

Für die zusätzliche Aufgabe der Transformation hin zur klimaneutralen Verwaltung hat der Fachbereich Umwelt im Rahmen des **Förderprogramms Klimaschutz-Plus 2021 des Landes Baden-Württemberg** einen entsprechenden Förderantrag gestellt. Beantragt wird die Förderung der Schaffung einer Stelle im Sinne einer „beauftragten Person für eine klimaneutrale Kommunalverwaltung“. Möglich sind Zuwendungen im Umfang von 65% der Personalausgaben für Fachpersonal, das im Rahmen des Vorhabens für drei Jahre zusätzlich beschäftigt wird. Der Bewilligungszeitraum kann auf bis zu fünf Jahre verlängert werden, wenn sich der Landkreis als Zuwendungsempfänger verpflichtet, das Fachpersonal über zwei weitere Jahre zu erhalten. Vor diesem Hintergrund ist zunächst die Schaffung einer befristeten Stelle bis 01.03.2025 beantragt worden, wobei sich die Option der Verlängerung um zwei weitere Jahre vorbehalten wurde.

Kern der neuen Aufgabenpakete ist die Etablierung klimaneutraler Infrastrukturen und Verfahren auf der Ebene der Kreisverwaltung. Dabei handelt es sich um vielfältige Querschnittsarbeiten. Konkret sollen alle verwaltungsinternen Konzepte, Aktivitäten und Maßnahmen vorangetrieben werden, die mit den Themen Energieeinsparung, effiziente Energienutzung und Umstellung auf erneuerbare Energien in Zusammenhang stehen. Hierzu gehören insbesondere:

- Bestandsaufnahme und Bilanzierung
- Entwicklung und Abstimmung eines zielkonformen Treibhausgas-Reduktionsfahrplans
- schrittweise Umsetzung der definierten Maßnahmen
- Dokumentation der Ergebnisse
- Aufbau und Durchführung eines Monitoringprozesses
- begleitende Überzeugungsarbeit, Abstimmungen, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Die geplante Stelle soll als Stabsfunktion geführt und unmittelbar dem Ersten Landesbeamten zugeordnet werden. Die Position geht mit einer Sonderfunktion für das gesamte Haus einher; so bestehen bspw. größere Schnittstellen zum Tätigkeitsbereich des Gebäudemanagements,

der Ablauforganisation und der Betrieblichen Mobilität sowie dezernatsübergreifende Überschneidungen mit dem Beschaffungswesen.

Die direkte Anbindung an die Verwaltungsspitze und die damit einhergehende erhöhte Sichtbarkeit bringen weitere Vorteile für die Erreichung der Klimaschutzziele des Landkreises. Die Verwaltung geht davon aus, dass die Funktion im Sinne eines Transformationsprozesses temporär ist und später in die üblichen Daueraufgaben übergehen kann. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass Umsetzungserfolge beim verwaltungsinternen und beim externen Klimaschutz stets in unmittelbarem Zusammenhang mit erreichbaren Ressourcen (Sachmittel, Stellen- und Personalverfügbarkeit) stehen.

Marion Dammann
Landrätin

Erster Landesbeamter
Ulrich Hoehler